

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagesblatt erscheint an jedem Werktag. Abonnementspreise: Ein Jahr 1.80 RM., halbes Jahr 1.00 RM., drei Monate 0.60 RM., ein Monat 0.20 RM. (Postgebühren sind nicht inbegriffen). Anzeigenpreise: Die erste Zeile kostet 1.00 RM., die zweite 0.80 RM., die dritte 0.60 RM., die vierte 0.40 RM., die fünfte 0.30 RM., die sechste 0.20 RM., die siebte 0.15 RM., die achte 0.10 RM., die neunte 0.08 RM., die zehnte 0.06 RM., die elfte 0.05 RM., die zwölfte 0.04 RM., die dreizehnte 0.03 RM., die vierzehnte 0.02 RM., die fünfzehnte 0.01 RM. (Anzeigenpreise sind ohne Mehrwertsteuer angegeben.)

Abonnementspreis: Ein Jahr 1.80 RM., halbes Jahr 1.00 RM., drei Monate 0.60 RM., ein Monat 0.20 RM. (Postgebühren sind nicht inbegriffen.) Anzeigenpreise: Die erste Zeile kostet 1.00 RM., die zweite 0.80 RM., die dritte 0.60 RM., die vierte 0.40 RM., die fünfte 0.30 RM., die sechste 0.20 RM., die siebte 0.15 RM., die achte 0.10 RM., die neunte 0.08 RM., die zehnte 0.06 RM., die elfte 0.05 RM., die zwölfte 0.04 RM., die dreizehnte 0.03 RM., die vierzehnte 0.02 RM., die fünfzehnte 0.01 RM. (Anzeigenpreise sind ohne Mehrwertsteuer angegeben.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Mittl., des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberger und der Gemeinde Niederwiesau. Rotationsdruck und Verlag: C. G. Köhberg (Inhaber Ernst Köhberg jun.) in Frankenberger. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Diegel, Frankenberger.

Nr. 228

Montag den 29. September 1924 nachmittags

83. Jahrgang

Die Verbreiterung der Regierungsbasis?

Die Vorgespräche, die die Führer der volksparteilichen Reichstagsfraktion mit dem Reichsfinanzminister Dr. Marx über die Umgestaltung des Reichsbudgets geführt haben, haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Der Reichsfinanzminister hat sich selbst die Initiative vorbehalten, die Verhandlungen zur Verbreiterung der Regierungsbasis in die Hand zu nehmen. Er wird, wie wir hören, nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit den Sozialdemokraten in Verbindung treten, um beide Richtungen zur verantwortlichen Mitarbeit an der Regierung zu gewinnen. Es steht aber schon jetzt fest, daß eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts und nach links nicht in Frage kommen kann. Die Sozialdemokraten weigern sich, mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten, während umgekehrt die Deutschnationalen eine Verbreiterung der Regierungsbasis schroff ablehnen. In den parlamentarischen Kreisen hat man daher den Eindruck, daß Reichsfinanzminister Dr. Marx im Falle eines Scheiterns der Vorgespräche mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten abermals seine Bemühungen einstellen wird. Dadurch

würde dann die Initiative wieder in die Hände der Partei zurückgegeben.

Mit einer Umgestaltung der Reichsregierung würde wahrscheinlich auch die Große Koalition in Preußen endgültig zu Fall kommen. Obwohl man jetzt bestrebt ist, äußerlich die Bekäftigung der Großen Koalition in Preußen nicht zuzugestehen zu lassen, steht es doch mit einiger Sicherheit fest, daß die Gegensätze in der preussischen Koalition von Tag zu Tag schärfer werden. In den Kreisen der Sozialdemokratie kündigt man eine verstärkte Opposition an für den Fall, daß die Bildung einer Regierungskoalition mit den Deutschnationalen zustande kommt.

Wie aus demokratischen Kreisen verlautet, würde die Bildung einer Rechtskoalition mit Einschluß der Deutschnationalen zu dem Zusammenschluß der Linksparteien zu einem Linksbündnis führen. Die demokratische Partei würde die Opposition der Sozialdemokratie nachdrücklich unterstützen, um einer Rechtsorientierung der Regierungspolitik entgegenzuarbeiten.

Mitwirkung für wünschenswert zur Kompromittierung der innerpolitischen Verhältnisse. Gerade wer den heutigen Staat und die Staatsform, die umschwebt der prinzipiellen Einstellung des einzelnen die Grundlage für eine geordnete Entwicklung des Reiches ist, fördern will, darf nicht wünschen, daß nicht große Parteien außerhalb der Verantwortung für den Staat stehen. Da, wo die Deutschnationalen Partei in einzelnen Ländern am Staat mitgewirkt, wie es z. B. in Württemberg und Bayern der Fall ist, hat die Regierungspolitik gerade in den großen außenpolitischen Entscheidungen nicht Befriedigung, sondern Unterstützung erfahren. Für die Innen- und Außenpolitik ist deshalb die Mitwirkung und Mitverantwortung der Deutschnationalen erprobungsfähiger als das Hinabfallen der Deutschnationalen in eine dann wohl eintretende brennendste Opposition.

Die Durchführung des Dawesplanes.

Am 5. Oktober wird die Reparations-Kommission die 2. Feststellung hinsichtlich der Durchführung der Londoner Abmachungen zu machen haben. Bis zu diesem Termin muß die Uebergabe der Reichsbahn an die neue Reichsbahn-Gesellschaft und die Errichtung der neuen deutschen Goldnotenbank vollzogen sein. Wie wir hören, ist die Durchführung der Werke über die Reichsbahn und über die neue deutsche Goldnotenbank in einem für Deutschland befriedigenden Sinne geregelt. Nach der Durchführung der 2. Feststellung der Reparations-Kommission werden die Anleihe-Verhandlungen zu Ende geführt werden können, die nach den Informationen der Reichsregierung zur Aufhebung der Anleihe in der zweiten Hälfte des Monats Oktober führen dürften.

Die Richtlinien für die künftige Militärkontrolle

Genf, 28. 9. Der Völkerbund hat in seiner geheimen Sitzung vom Sonnabend einstimmig die Richtlinien für die Militärkontrolle in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien festgelegt und sich dabei im wesentlichen den Entwürfen der ständigen Militärkontrollen zu eigen gemacht. Obgleich das Interesse für den Entwurf besonders groß in Deutschland ist, hat das Völkerbundssekretariat diesen auch der Hausgemeinschaft mitteilen lassen. Die vorgelegene Kontrolle wird sowohl in Deutschland wie auch in Österreich, Ungarn und Bulgarien nach der Beendigung der Kontrolle durch die Alliierten begonnen. Das Verfahren wird sich folgendermaßen abspielen: Der Rat beschließt die Kontrolle. Die ständige Militärkontrollkommission bereitet sie vor. Die Kommission der Sachverständigen führt sie aus. Jedes Jahr wird sie für das folgende Jahr dem Rat einen Plan vorlegen über die militärischen Untersuchungen, die die Kommission empfiehlt. Zur Militärkontrollkommission gehören die militärischen Sachverständigen der Staaten, die im Rat vertreten sind. Ein jeder Staat, der nicht Mitglied des Rates oder Grenzgebiet eines Staates ist, der sich ihm gegenüber durch einen Friedensvertrag gebunden hat, wird in der beratenden Kommission vertreten sein. Die Räte der Sachverständigen, die die Kontrolle vornehmen, wird vom Rat festgelegt. Je nach der Art der Untersuchung werden andere Sachverständige hinzugezogen werden. Die Mitglieder der Kontrollkommission genießen das Vorrecht der Diplomaten. Jeder Staat, der Mitglied des Rates ist, kann dem Völkerbundssekretariat Mitteilung über Vorkommnisse, die keine Mitteilung nach einer Untersuchung erfordern, machen. Bei der Ausführung der Kontrolle sind folgende Richtlinien maßgebend: Die Kontrolle erstreckt sich auf ein sehr weites Gebiet. Sie bezieht sich auf alle militärischen, Luft- und Flottenfragen, auf Geschütze und militärisches Budget, auf die Befehle an vorhandenen Truppen, auf das Kriegsmaterial und seine Herstellung, auf den Bau von Kriegsschiffen und die Ausbildung und den Unterricht der Truppen für den Krieg. Die Kontrolle muß aber auch für den zu kontrollierenden Staat erfolgen. Die Abnahme des Kontrollprojekts wird durch den Rat in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Noch keine Räumung Dortmunds.

Zur Räumung der Dortmunder Zone wird von ausländischer Seite mitgeteilt: Bisher sind in der Dortmunder-Grenzzone von der Befugung noch keine Räumungsmaßnahmen durchgeführt worden, ebenso haben noch keine Verhandlungen zwischen den Vertretern der von der deutschen Regierung ernannten Räumungskommission und der Befugung stattgefunden. Die deutsche Kommission wird zunächst zur Entgegennahme der Wünsche der deutschen Interessenten mit den Gemeinden und Wirtschaftsvertretern in Fühlung treten. Weiterhin besteht der Verhandlungsgegenstand mit der Befugung ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Der Minister der Finanzen empfing die Vertreter der Spitzenorganisationen, die wegen einer Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten und -Angestellten vorstellig wurden. Nach eingehender Erörterung der Lage der Beamten und Angestellten, der allgemeinen Wirtschaftslage und der Finanzlage des Reiches sowie aller übrigen in Betracht kommenden Verhältnisse konnte der Reichsfinanzminister bei voller Würdigung der Ausführungen der Organisationsvertreter zurzeit eine Erfüllung der vorgetragenen Wünsche nicht in Aussicht stellen. Insbesondere würde zu einer Zeit, wo von der Reichsregierung auf allen Gebieten ein Sparmaßstab ergriffen, die Umkehrsteuer und die Grundsteuer herabgesetzt, die Kohlenpreise und Bankprovisionen ermäßigt würden, eine Erhöhung der Beamtengehälter diesem Bestreben gerade entgegenwirken. Es sei auch eine wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit, auf der einen Seite die

Die kommunale Selbstverwaltung und die Neuordnung der öffentl. Finanzwirtschaft

Von Dr. A. H. M. d. R.

Eine gesicherte, unter wesenlich eigener Verantwortung geführte Finanzwirtschaft ist das A und O jeder Selbstverwaltung. Selbstverwaltung ohne Recht und Pflicht zur Selbsthaltung ist undenkbar. Hier liegen die härtesten Hemmnisse, die aus der Nachkriegszeit auf den deutschen Städten noch lasten, denn das Reich hat den Gemeinden ihre Steuerhoheit genommen. Es ist mühsam, im gegenwärtigen Augenblick unter langen Trübsalen am Grabe der finanziellen Selbstständigkeit der deutschen Städte stehen zu bleiben. Wir alle wissen, wie es kam. „Das Leben gehört den Lebenden an“, und für ein künftiges frohpolles Leben der deutschen Städte gilt es zu sorgen. Noch sind die Gefahren groß, die einer Weiterentwicklung der finanziellen Selbstständigkeit drohen; es gilt, sie zu erkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Für die Vergangenheit mag dem Reich gegenüber die „Einrede des außerordentlichen Bedingens“ gelten, aber die Hauptgründe der bisherigen mangelhaften Entwicklung, die Unüberwindlichkeit der Reparationslasten des Reiches und der Währungsverfall sind jetzt beseitigt, und deshalb muß die dem Reich gewordene Kompensationsleistung benutzt werden, um das Trübsalfeld auszuräumen und einen organischen Neubau der öffentlichen Finanzen aufzuführen, in dem Reich, Länder und Gemeinden jedes für sich eigene Wohnung und eigenen Unterhalt erhalten.

Nach besteht auch heute die Notwendigkeit, die Gemeinden zu unterstützen von Reich und Staat zu lassen. Hierfür eine beweisende Beispiele. Bei der Behandlung des Aufwertungsproblems: Vorher ist man sehr viel von einer Aufwertung der Kommunalanleihen, aber sehr wenig von einer Aufwertung der Reichs- und Staatsanleihen, und doch können die Anleihen von Reich, Ländern und Gemeinden nur gemeinschaftlich aufgewertet werden. Im Entwurf zum Industrielebensmittelsgesetz wurden die industriellen Betriebe des Reichs und der Länder grundsätzlich ausgenommen, abgesehen von den Gemeinden wurde der Reichsregierung das Recht begehrt, sie mit ihren Verleihen in die Verteilung einzubringen. Der Entwurf zur Neuordnung des Reichstagswahlrechts will die Gemeinden mit den Kosten der Reichstagswahlen belassen. Bei der geplanten Herabsetzung der Umsatzsteuer soll nach dem Regierungsentwurf der bisherige effektive Anteil der Länder und Gemeinden nicht ausreicht erhalten werden. Allen derartigen Maßnahmen hat die vollkommen richtige Forderung zugrunde, als ob die 3. Steuernotverordnung den Gemeinden ausreichende Steuererträge eröffnet hätte. Diese Forderung wird darauf gestellt, daß die Gemeinden zum überwiegenden Teile ihre Haushaltspläne ins Gleichgewicht gebracht hätten. Eine derartige Argumentation zeigt eine grandiose Naivität in der Beurteilung kommunalwirtschaftlicher Dinge, die nicht dadurch gemindert wird, daß man sie vereinzelt auch in den Verteilungsorganen der Städte findet. Wenn man aus den Fiktionen des Haushaltsplanes auf die Finanzlage der Gemeinden schließen will, so muß man sich schon bemühen, etwas tiefer zu blicken und den Blick von den äußeren Fiktionen hinweg auf die innere Lage der Gemeinden lenken, und da zeigt sich jedem, der ein wenig Einblick in die Lage der Gemeinden hat, folgendes: Dort, wo der Haushaltsplan äußerlich ins Gleichgewicht gebracht worden ist, war das nur möglich durch eine auf die Dauer untragbare Einschränkung der lebensnotwendigen Aufgaben, und auf der anderen Seite durch eine auf die Dauer ebenso untragbare Anspannung einzelner Einnahmequellen. Die Städte wollen sich gemäß der Notwendigkeit der Einschränkungen und Opfer nicht erwehren, aber Beschränkungen im Schulwesen, im Gesundheitswesen, in der Sozialverwaltung, im Straßenbau und in der Straßenunterhaltung können in dem jetzt gegebenen Umfang ohne verheerende Wirkungen nur kurze Zeit getragen werden. Auch die Gewerbesteuer, die Luftfahrzeugsteuer und die Versicherungssteuer können in der bisherigen Anspannung und die Tarife für Gas, Elektrizität, Wasser, Straßenbahn auf der bisherigen Höhe dauernd nicht gehalten werden, wenn nicht offensichtlich wirtschaftliche Schäden verursacht werden sollen. Das Urteil, daß die Gemeinden in einer Höhe hätten, die eine Beschränkung durch das Reich vertragen könnte, ist untragbar, mißbillig oder vorstellig. In Wirklichkeit läßt sich die Finanzlage der Gemeinden in folgenden Sätzen zusammenfassen:

1. Die Gemeinden haben durch die 3. Steuernotverordnung zwar höhere Einnahmen vom Reich zugewiesen erhalten, als sie bis dahin hatten, aber gleichzeitig sind ihnen die gesamten lokalen Einnahmen der Reichsorganisationsstellen zur eigenen finanziellen Verteilung übertragen worden. An vielen Stellen steht schon jetzt fest, daß diese Einnahmen die neu überwiesenen Einnahmen übersteigen.

2. Die Gemeinden haben auch nach der Umstellung ihrer Haushaltspläne äußerlich nur dadurch in Ordnung bringen

können, daß sie auch weiter lebensnotwendige Aufgaben zurückstellen und verschiedene Einnahmequellen in wirtschaftlich und sozial untragbarer Weise anspannen.

3. Für die seit zehn Jahren ununterbrochen außerordentlich planmäßigen Aufgaben fortgeschrittenen Entwicklung steht die hierfür notwendige Quelle des Anleihecredits auch heute noch nicht wieder, und wenn diese Quelle wieder einmal trocken wird, dann wird der Kredit doppelt so teuer sein, als früher.

4. Der durch die Inflation bewirkten Entlastung der Gemeinden von früheren Anleiheverbindlichkeiten stehen gegenüber der völligen Verlust sämtlicher Stillungskapitalien, so daß die Stillungswerte der laufenden Ausgaben belaufen, ferner der völlige Verlust aller Reserve-Beitriebs- und Spezialfonds der städtischen Verwaltungen und Betriebe.

Die Anleihen bleiben im übrigen in der Gesamtschuld der Städte ein dubioser Posten mit starker Belastungstendenz, solange die Möglichkeit einer Sonderaufwertung gerade der Kommunalanleihen besteht.

Neben der Gefahrenquelle, die sich für die Finanzen der deutschen Städte aus der letzten Beurteilung ihrer Finanzlage ergibt, ist ihnen eine besondere Gefahrenquelle im Sachverständigenrat zu entnehmen. In diesem Gremium wird zunächst das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gemeinden außerordentlich treffend mit den Worten gekennzeichnet: „Die Lage ist bisher mehr durch rein politische oder administrativen Opportunismus als durch klare finanzielle Grundzüge beherrscht worden“. Treffend ist auch die eine Schlussfolgerung, die hieraus mit der Forderung einer organischen Neuordnung der Einnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden gezogen wird, aber daneben findet sich der fatale Satz: „Die Kontrolle der Gemeinden durch die Länder ist unzulässig“, und dann wird mit ausdrücklicher Hinweis auf die Pflicht Deutschlands, die Ansprüche der Alliierten zu nicht zu gefährden, einer Selbsterhaltung des Wortes geteilt, an deren Ende Befürwortung der Einnahmen und zentrale Neuordnung stehen, aber die deutschen Städte müssen von Reich und Staat die Einleitung einer organischen Politik gegenüber den Gemeinden verlangen, als sie hier verlangt wird.

Weniger als die Kritik am gegenwärtigen Zustand ist die politische Forderung für die Zukunft. Hier liegen folgende grundsätzliche Erfordernisse klar zutage:

1. Die für Reich, Länder und Gemeinden aus der Not der Nachkriegszeit und der Inflation heraus entstandene unorganische Entwicklung der Finanz- und Steuerwirtschaft ist durch eine systematische Finanz- und Steuerreform zu ersetzen. Grundlegende Ziele dieser Reform sind: Vereinfachung und wirtschaftliche Gestaltung der Steuern und organische Aufstellung der Steuerbeiträge zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter gerechter Berücksichtigung ihrer Ausgabenverhältnisse.

2. Für die Gemeinden bringen wobei die im Finanzvergleich noch die in der 3. Steuernotverordnung angewandten Grundzüge und Methoden eine erhebliche Abhilfe.

Das System der Zuschüsse und Ueberweisungen ist endgültig zu verlassen. Die Stelle, welche die Mittel verordnet, muß grundsätzlich auch die Verantwortung für die Mittelbeschaffung haben.

3. Veranlagung und Erhebung der Steuern geknüpft durch denjenigen Steuerpflichtigen, dem ihre Ertragsquelle zuzurechnen ist. Soweit die Mittelstellen auf die deutsche Wirtschaft und auf den organischen Aufbau des Steuerrechts zu bedingen, liegt die Steuererhebung beim Reich; im übrigen wird sich für die den Ländern und Gemeinden zur selbstverantwortlichen Ausübung überweisen Steuerquellen die Autonomie der Landesgesetzgebung und der Selbstverwaltung wieder hergestellt.

Damit sind die Wege gekennzeichnet, auf denen die deutschen Städte in finanzieller Hinsicht zurückgelangen können zu jener Selbstverwaltung, deren Stärke und Stolz die Selbstverantwortung ist.

Eine Strejmann-Rede

Wien, 29. September. In einer Bezirksversammlung der Deutschen Volkspartei verteilte am Sonnabend Strejmann in einer längeren Rede seine Außenpolitik. Ueber die innerpolitische Lage führte er u. a. folgendes aus: „Wir haben mit der Idee des Bürgerblocks nichts zu tun. Ich habe mich in meiner Volkstift stets dagegen gewandt, daß man die großen Fragen der deutschen Volkstift lediglich auf den einen Renner bezieht: Rechts gegen Links. Doch in der deutschen Volkstift die Auffassungen der Mitte führend sein müssen, ergibt sich aus der ganzen Konstellation unseres politischen Lebens. Steht sich die Deutsch-nationale Volkspartei auf den Boden der außenpolitisch gegebenen Tatsache, so wäre es falsch, ihre Mitwirkung von den Parteienanschließungen auszuscheiden. Ich halte diese

Bekanntmachung des Stadtrates zu Franckenberg

Nr. 135. (27. 9. 1924) Das Verbot des Befahrens des hohen Vadersbergs mit Fahrzeugen (Bekanntmachung vom 20. Juni 1907) ist aufgehoben worden. Es wird erwartet, daß das Befahren des Berges in vorläufiger Weise geschieht. Uebermäßig schnelles Fahren wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Tageblatt-Bestellungen nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten sowie Postanstalten entgegen. **Geschäftsstelle des „Frankenberger Tageblattes“.**

Touffige amtliche Bekanntmachungen

Dienstag den 30. September 1924 vormittags 10 Uhr sollen an den Weistbietenenden gegen sofortige Barzahlung 1 **Wasserkontrollat** mit 14 Matten, 1 **Ausrichtsß**, 1 **Ardeng**, 1 **Spiegel** mit **Tischen** versteigert werden. — **Versteigerungslokal: „Schnitzhaus“.** **Franckenberg**, den 29. September 1924. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.**

Dienstag den 30. September 1924 vormittags 1/12 Uhr soll an den Weistbietenenden gegen sofortige Barzahlung 1 **Bianer Cheviotanzug** (soll neu) versteigert werden. **Versteigerungslokal: „Deutsche Eiche“.** **Franckenberg**, den 29. September 1924. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.**

WOHLFELIEWEBWAREN

WÄSCHE
WEISS
WOLL
WIRK
WEB
WAREN

KAUFHAUS SCHOCKEN FRANKENBERG

Wäschlicher, kariert 50x60 28 ¢	Büstenhalter, m. Bandtr. 75 ¢	Saphyrbilse, mod. Form 0.85	Kinderwester, Trk., gef. 2.85
Handtuch, Leinw., gestr., pa. 85 ¢	Schlupfhose, Trikot, v. Farb. 95 ¢	Kimonobluse, mod. Karos 1.85	Kinder-Sportweste, Trikot 2.75
Rohnessel, 80cm, griff Ware 58 ¢	Unterhülle, mit Stickerel 95 ¢	K.-Saldenjumper, Trikot 3.95	Herrentrikotweste, v. F. 6.50
Renforcé, 80cm, stidd. Ware 75 ¢	D.-Reformhose, blauTrikot 1.95	Kostümrock, dkl. Knopfganz 2.85	Herrrenwester, kräft. Gr. 6.50
Köperbarchent, roh 85 ¢	Kniebelenkl., Baroh. o. Hdont. 1.95	Cheviotrock, reine Wolle 4.85	Dam.-Ueberjacks, m. Farb. 6.85
Schürzenwater, gestr. 90cm 95 ¢	Damenhemd, m. reich. Stick. 1.95	Kinderkleid, gemuet., Gr. 50 3.75	Dam.-Jumper, Wolle, gestr. 8.75
Mausklederst., Strapaw. 85 ¢	Damenh., Baroh. m. Stickerel 2.45	Damenkleid, Feuille, f. Form 5.85	Herrrensportweste, r. W. 10.50
Normalflanell, moll. Ware 95 ¢	Dam.-Handhose, gewirkt 2.95	Backflackkleid, reinw. Chor. 6.65	Damensportweste, m. F. 12.50
Köperbarch., gobl., pa. Qual. 1.10	Männerhemd, gestr. Nessel 1.95	Damenkl., reinw. Chor., gam. 8.50	Herrrensportweste, m. K. 14.50
Unterrockbarchent, warm 1.10	Herrrenanzug, div. Musl. 2.45	K.-Saldenkl., eleg. Machart 13.50	Annshüße, gute Qual. Paar 25 ¢
Manchester, pa. Linde. Ausr. 3.75	Herrrennormalhose 2.65	Damen-Mantel, Flansch 9.75	Herrrensock., Baumw., feinf. 25 ¢
Mantelflausch, 130cm, m. F. 3.95	Herrrennormalhemd d. Br. 2.85	Dam.-Mantel, mod. Flansch 13.50	D.-Strümpfe, Baumw., feinf. 45 ¢
Engl. Tüllspitze, 25cm breit 45 ¢	Männerhemd, Militärbaroh. 3.95	Hausschürze, gestr. Water 1.95	Damenstrümpfe, Seidenf. 95 ¢
Staminst., gl.-u. kar. 100cm br. 95 ¢	Prinzebrock, m. br. Stickerel 3.95	Blusenschürze, gestr. Wat. 2.95	Frauenstrumpf, reine Wolle 1.95
Halbstores, Nam. m. Volant 2.95	Knabenschürze, gestr. Wat. 95 ¢	Jumperschürze Stück 3.95	Strickwolle, r. Kamtgr. 100 g 95 ¢
Cheviot reine Wolle m. 1.95	Oberhemd mod. Peck. saubl. 5.50 Verarb. m. 2 Krg. 5.50	Kostüm Cheviot mit Krimmorb. 24.50	Jumperwolle mod. Farben. 100 g 1.45

Landwirtschaftliche Schule Jäminchen.

Beginn des neuen Schuljahres am 13. Oktober vormittags 9 Uhr. Anmeldungen werden noch entgegengenommen. Die Schulleitung.

Von der Reise zurück: **Dr. med. Walter John** Facharzt f. Haut-, Horn- u. Geschlechtsleiden **Chemnitz**, Augustusburger Straße 11 Sprechzeit: Wochentags von 10-1 und 2 1/2-6 Uhr, außer Mittwoch nachmittag.

Malerarbeiten

werden sauber und billig ausgeführt. **Paul Findeisen**, Dekorationsmaler, Gartenstraße 45, Eichenburg 22.

Versicherungs-Vertreter!

Wer hat noch keine Vertretung in Lebens-, Unfall-, Haftpflicht, Feuer-, Auto-, Kasse-, Einbruchdiebstahl-, Diebstahl-, Transport-Versicherung usw. möchte und mit wem? Beste Professionelle Versicherung. **Georg Henning** Der erste Lebensversicherung bei sämtlichen Versicherungen für Sterbefallen-Versicherung mit monatlichen Beiträgen. Offerten erbeten an: **Direktor Brandt**, Leipzig, Poststraße 30, Tr. A. III.

Junge Kriegserwitwe sucht Stelle im Kontor oder Lager, oder gutlohnende Heimarbeit. Gef. Offerten unter **Z 100** an den Tagbl.-Berl. erb.

Die in Nr. 227 veröffentl. „Ehrenwaise“ m. Unterhalt „aus dem Hause“ befreit und nicht Bruno Haubold, Rentner, Bruno Haubold, Rentner.

Dachdecker 1-2 Fld., untertägig P. Rohm, T. Adersdorf.

Wohnungstausch v. Chemnitz n. Frankbg. Bitte 2 Zimmer in Chemnitz gegen gleiche oder größere in Frankenberg. Offerten an: **D 476** an den Tagbl.-Berl.

Gebe für sofort eine moderne 3-Zimmer-Wohnung gegen Abfindung ab. Wiedereinsetzen in den Bestand des „Frankenb. Tagbl.“

1 oder 2 möblierte Zimmer von jungem Mann sofort, event. auch 1 Wohnz. zu mieten gesucht. Mügl. mit voll. Person u. Kleiderkasten. Gef. Angebote unter **A 473** an den Tagbl.-Berl. erb.

Der Stahlhelm Bund der Frontkämpfer, Ortsgruppe Franckenberg.

begeht heute Montag, den 29. Septbr., 8 Uhr abends im Volkshaus „Stadtpart“ seine **Gründungsfeier**, verbunden mit **Wohltätigkeitskonzert**. **Festvortrag: Herr Generalmajor Maercker: „Unser Hindenburg, ein Gedenken zu seinem 77. Geburtstag.“** Hierzu sind alle waterländisch denkenden Einwohner von Franckenberg und den umliegenden Dörfchen mit ihren Familienangehörigen herzlich eingeladen. Eintrittspreis 1.— Mark.

Die Rettung

aus der Not der Zeit muß bei den Menschen anfangen. „Man muß sich selbst ändern, wenn's anders werden soll.“ Aus dem Kraft- und darum energielosen Dekadenzler muß wieder ein lebensprechtender, willensstarker Vollmensch werden. Und diese große Wandlung hängt von kleinen Ursachen ab. Verständige Lebensweise vermag viel. Wer den Tag schon mit einem Angriff auf seine Gesundheit beginnt, indem er ein Frühstücksgetränk wählt, das nicht nährt, sondern zehrt, hat seinen Körper schlecht gewappnet für die Kämpfe der kommenden Stunden. Reichardt'sches, dieser unvergleichliche Eiweißspender unter den Getränken, ist die vorläufige Grundlage erfolgreicher Tagesarbeit und des persönlichen Wiederaufbaus, denn Eiweiß ist der wichtigste Baustein für den Körper des Kulturmenschen. Man erhält ihn zu Friedenspreisen in Friedensqualität in allen Geschäften, die Schilber und Glätze aufweisen mit dem Namenszuge



Ein Kind (auch Niener) Gutwähl. 2. Inst. Zimmer wird in liebes Pflege genommen. an 1 od. 2 J. an zu verleihe! Rückes im Tagbl.-Berl. In nächsten im Tagbl.-Berl.

Wellfleisch

Morgens Dienstag u. Freitag 1/2 1/2 Uhr abends 11 Uhr. **Wurst u. Bratwurst empf. Emil Wagner, Wartenstr. 17.**

Birnen

apfelt, gute Sorten, Reiner 6 Mt., best. Kurhändler, 28. **Ich war am ganzen Leib mit**

Flechten

der holl. Flechte, welche sich durch das ganze Jahr Tag u. Nacht zeigt. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medicinal-Salbe das Abheiligt. **Die Flechte** ist Quacksalber, Berg, 21. **Dagegen** Zucker's-Creme (nicht fettig u. fettig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

U. Auslandsdeutsche Grundbesitz

Staber, Eilen, Radt, Buchwirtschaft, alle Flechte, an **Kerst Griesche & Co.** Bonnstraße 13.

Rein. Vorkaufswin

95-100 % reines, saures, Off. u. O 476 an den Tagbl.-Berl. **Lesen des „Frankb. Tagbl.“**

Restaurant und Café „Zur Lerche“

Morgen Dienstag von abends 8 Uhr an **Künstler-Konzert** Klavier — Geige — Cello **H. Biere**, hell und dunkel — Liköre. Konditorei-Büfett. Um glütigen Besuch bitten **Walthor Wendrock u. Frau.**

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Dienstag, den 30. Sept. 1924, abends 8 Uhr im „Deutscher Hof“ **Mitglieder-Versammlung.** Das Gelingen aller Anzenden ist wichtig. Als glütige schilber Republikaner, die Mitleid werden wollen, willkommen. **Ortsgruppe Franckenberg.**

Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen.

Ortsgruppe Franckenberg. **Stichtag Interessen-Vertretung aller Kriegsschädigter.** **Jahreshauptversammlung** Dienstag, den 30. September, abends 8 Uhr. Tagesordnung im Tagbl.-Berl. **Der Vorstand**

Der Vätergildenverein zu Franckenberg u. Umg. **Der Vätergildenverein zu Franckenberg u. Umg.** **Der Vätergildenverein zu Franckenberg u. Umg.**

Der Bauhinienverein **Der Bauhinienverein** **Der Bauhinienverein**

Familien-Drucksachen **Familien-Drucksachen** **Familien-Drucksachen**

Beim Holmgange unseren lieben Kutschlafenen Herrn Wilhelm Ephraim Eichler, sind uns von allen Seiten so viele Ehrungen, sowie Beweise der Liebe und Anteilnahme durch herrlichen Blumenschmuck dargebracht worden, daß ich — nur hierdurch — allen meinen tiefgefühltesten Dank aussprechen kann.

Die trauende Gattin Marie Eichler **Die trauende Gattin Marie Eichler** **Die trauende Gattin Marie Eichler**

Frankenberg, den 29. September 1924.